
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 6

Kreistag

am 16.12.2008

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 14:30 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit
Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann

Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsgen
Leo Klempert
Helmut Krause
Rotraud Niemann
Klaus-Jürgen Paul
Heinz Piehl
Martina Plath
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion

Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Göpfert, Büro Landrat
Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Vertreter der Presse
interessierte Bürgerinnen und Bürger
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass es einen Antrag der FDP-Fraktion gebe, den Punkt 9 abzusetzen. Es wird vereinbart, diesen Tagesordnungspunkt auf die Kreistagssitzung am 27. Januar zu verschieben.

Sonstige Änderungen oder Ergänzungen ergeben sich nicht, so dass wie folgt verfahren wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

183/08

Ersatzwahlen

Punkt 3

160/08

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2008

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Punkt 4

174/08

Finanzanlage zur Sicherung der Nachsorgeverpflichtung für die Zentraldeponie Fröndenberg

Punkt 5

166/08

Neunte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna
vom 07.12.1998 (9. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2009

Punkt 6

Haushalt 2009

Punkt 6.1

180/08

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 6.2

181/08

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 7

176/08

Einwendungen gegen die Festsetzung der Landschaftsumlage

Punkt 8

175/08

Beteiligungsbericht 2008

Punkt 9

165/08

Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU)

Punkt 10

161-1/08

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 11

162-1/08

Arbeitsmarktprogramm ARGE Kreis Unna 2009 – Sofortprogramm für benachteiligte Jugendliche

- Antrag der SPD-Fraktion -

Punkt 12

155/08

Errichtung eines neuen Bildungsganges am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna zum Schuljahr 2009/10

Punkt 13

179/08

Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 LPVG

Punkt 14

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 15

169/08

Neubau eines Radweges an der K11 in Selm-Cappenberg -Vergabe des Auftrages-;
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 2

183/08

Ersatzwahlen

Wahl

Der Kreistag wählt

- Frau Christine Weyrowitz als ordentliches stimmberechtigtes Mitglied,
- Herrn Matthias Schlegel als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied und
- Herrn Daniel Tröger und Frau Dr. Petra Winzer-Milo als ordentliche beratende Mitglieder
- sowie Herrn Friedhelm Wegener als stellvertretendes beratendes Mitglied

in den Jugendhilfeausschuss.

Wahlergebnis

einstimmig gewählt

Punkt 3

160/08

Budgetbericht zum Stichtag 30.09.2008

Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen

Beschluss

1. Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.09.2008 wird zur Kenntnis genommen.
2. Den überplanmäßigen Aufwendungen im Budget 50 – Arbeit und Soziales – in Höhe von insgesamt 1.968.000 € wird gemäß § 83 GO NW i. V. m. § 26 Abs. 1 Ziff. g) KrO NW und § 10 Ziff. 5 der Haushaltssatzung 2008 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

174/08

Finanzanlage zur Sicherung der Nachsorgeverpflichtung für die Zentraldeponie Fröndenberg

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Die dem Kreis Unna im Jahre 1998 von der Abfallentsorgungsgesellschaft Ruhrgebiet mbH – AGR – übertragenen Rückstellungen zur Übernahme der Nachsorgeverpflichtungen für die Deponie Fröndenberg-Ostbüren ab dem Jahre 2016 werden bis dahin am Kapitalmarkt zinsbringend angelegt.
2. Einer sicheren Geldanlage ist dabei Vorrang einzuräumen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Finanzanlage bei der Sparkasse Unna zu realisieren. Sie wird ermächtigt, die entsprechenden Verhandlungen zu führen und Verträge abzuschließen.“

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

166/08

Neunte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (9. ÄS)

Festlegen der Abfallgebührensätze des Jahres 2009

Erörterung

Herr Steffen weist darauf hin, dass bei der jährlich zu erlassenen Abfallgebührensatzung immer besonders interessant sei, ob Erhöhungen damit verbunden seien. Mit Blick auf die Altpapierverwertung sei dem Kreis in diesem Jahr ein Coup gelungen, den keine andere Gebietskörperschaft geschafft habe. Auf dem freien Markt bekomme man pro Tonne Abfallpapier einen Betrag von 10 €. Dies führe dazu, dass sich private Entsorger aus dem Geschäft zurückziehen würden. Es sei der GWA zu verdanken, dass aufgrund der erneuten positiven Ausschreibung für die nächsten zwei Jahre noch ein Erlös von 84 Euro erzielt werden könne, der sich entsprechend positiv in den Abfallentsorgungsgebühren niederschlage. Dazu komme noch eine weitere einjährige Verlängerungsoption. Dies zeige, dass man keine privaten Entsorger brauche.

Herr Schilken stellt fest, dass bei Anwendung des Mottos „Privat vor Staat“ nicht unbedingt soziale Belange vernachlässigt würden. So sei in Schwerte lange Jahre das Papier durch die Pfadfinder und durch den Aktionskreis Pater Beda gesammelt worden. Die Erlöse seien beiden Aktionsgemeinschaften zugute gekommen.

Herr Krause weist darauf hin, dass gerade der private Unternehmer solch hervorragende Preise garantiere und seinen Kopf dafür hinhalte. Es sei nicht der richtige Weg, private Entsorger zu verteuern.

Herr Gabriel macht deutlich, dass aus Sicht der Gruppe DIE LINKE. das gesamte Müllgeschäft in staatliche Hand gehöre.

Beschluss

Der Kreistag beschließt die als Anlage 1 beigefügte neunte Änderungssatzung zur Vierten Abfallgebührensatzung des Kreises Unna vom 07.12.1998 (9. ÄS)

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

Haushalt 2009

Punkt 6.1

180/08

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 6.2

181/08

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann bringt den Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2009 ein. Seine

Ausführungen sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Punkt 7

176/08

Einwendungen gegen die Festsetzung der Landschaftsumlage

Erörterung

Frau Cziehso erinnert daran, dass der Landschaftsverband Westfalen-Lippe im Wesentlichen ein Sozialverband sei, der seine wichtige und bedeutende Aufgabe insbesondere für behinderte Menschen in der Region habe hervorragend wahrnehme. Sicherlich stelle es den LWL auch vor große Probleme, dass alleine die Eingliederungshilfe in einem Jahr um 170 Mio. Euro gestiegen sei. Demgegenüber stünden aber ein Vermögen von fast einer Milliarde Euro, Rücklagen von 260 Millionen Euro und Einnahmen aus Aktienverkäufen. Und eines stehe fest: Die Kreise und kreisfreien Städte seien durchgängig nicht mehr in der Lage, den Anstieg der Umlage zu stemmen. Deshalb sollte auch der Landschaftsverband Einnahmen aus Aktienverkäufen bzw. die Rücklage einsetzen, um einen Umlageanstieg zu vermeiden. Parallel dazu müsse man natürlich über andere Einsparmöglichkeiten nachdenken. Sie sehe es, so Frau Cziehso weiter, als richtigen Schritt, Einwendungen zu erheben, die von der Landschaftsversammlung zurückgewiesen werden müssten. Der Kreis Unna stehe hier bei nicht alleine; es gebe weitere umlagepflichtige Kreise und kreisfreie Städte, die ebenfalls Einwendungen gegen die Umlageerhöhung geltend machen wollten.

Herr Senkel betont, dass die FDP-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er wolle aber darauf hinweisen, dass der Landschaftsverband nunmehr das mache, was der Kreis Unna erst im vergangenen Jahr praktiziert habe. Man stelle einen Überschuss dar, um damit Altdefizite abzubauen. Anstatt auf das Vermögen und Rücklagen zurück zu greifen, lege der Landschaftsverband die Kosten auf die Kreise und kreisfreien Städte um. Zu den kritisierten 60 neuen Planstellen sei festzuhalten, dass der Landschaftsverband damit den Stellenplan bereinige, ohne tatsächlich Neueinstellungen vorzunehmen. Vorhandene Kräfte würden im Sinne der Haushaltswahrheit und -klarheit nunmehr dargestellt. Trotzdem sei auch die FDP-Fraktion der Meinung, dass der Landschaftsverband reichlich Möglichkeiten zum Ausgleich des Defizites habe.

Auf Vorschlag von Herrn Gabriel, zusätzlich zu den Einwendungen auch noch eine Resolution, wie sie bereits von den Bürgermeistern auf den Weg gebracht worden sei, zu verabschieden, erklärt Herr Landrat Makiolla, dass das beabsichtigte förmliche Verfahren viel schärfer als eine Resolution sei. Es handele sich hier um ein offizielles rechtliches Verfahren; die Landschaftsversammlung müsse hier auch offiziell über die Einwendungen entscheiden.

Herr Jasperneite erklärt für die CDU-Fraktion, dass man in vollem Umfang hinter dieser Vorlage stehe. Die Kommunen und Kreise würden seit langer Zeit regelmäßig mit mehr Aufgaben betraut, ohne dass die langfristige Finanzierung dargestellt würde. Der Kreis selbst habe sich vor einem Jahr zum

Schuldenausgleich mit dem Verkauf der RWE-Aktien von Vermögen getrennt. Genau dieses fordere man jetzt vom Landschaftsverband. Es sei aber festzuhalten, dass der vom Landschaftsverband geplanten Umlageerhöhung von 1,2 Prozent eine Einigung der großen Fraktionen auf 0,6 Prozent gegenüber stehe. Als Vertreter des Kreises Unna werde man 0,0 Prozent fordern, dies wahrscheinlich aber nicht durchsetzen können. Deshalb wolle er an dieser Stelle von der Verwaltung wissen, ob es weitere Initiativen von Verwaltungen gebe, möglicherweise Mehrheiten zu organisieren. Zudem stelle sich im die Frage, ob die Verwaltung im Falle einer Erhöhung der Umlage Rechtsmittel einlegen könne.

Herr Kreisdirektor Stratmann betont, dass man sich in der Kämmererrunde einig gewesen sei, eine Umlageerhöhung dürfe nicht kommen. Gleiches sei auf der Sitzung der Oberbürgermeister und Landräte deutlich geworden. Selbst diejenigen Gebietskörperschaften, denen die Zahlung der erhöhten Umlage nicht schwer falle, hätten sich gegen diese Art des Vorgehens gewehrt. Natürlich werde sich die Verwaltung auch weiterhin bemühen, dass andere den Weg des Kreises mit beschreiten. So werde das formelle Verfahren der Einwendung von den Kreisen Recklinghausen und Bottrop sowie der kreisfreien Stadt Hagen wohl eingeleitet. Eventuell gebe es noch weitere umlagepflichtige Kreise bzw. kreisfreie Städte, die diesem Vorbild folgen würden. Zusätzlich habe beispielsweise der Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises die Mitglieder der Landschaftsversammlung aufgefordert, sich entsprechend bei den Abstimmungen zu verhalten. Daraus werde doch ersichtlich, so Herr Kreisdirektor Stratmann abschließend, dass von Seiten der Verwaltung alles getan werde, um hier doch noch einen Kompromiss mit dem Landschaftsverband zu erreichen. Letztlich sei es nicht Aufgabe der Verwaltung, sondern Aufgabe der Politik, für entsprechende politische Mehrheiten in der Landschaftsversammlung zu sorgen.

Herr Landrat Makiolla weist ergänzend darauf hin, dass im Falle einer Umlageerhöhung geprüft werde, inwieweit Rechtsmittel Aussicht auf Erfolg hätten.

Frau Cziehso erinnert daran, dass die von den großen Fraktionen angestrebte Erhöhung um 0,6 Prozent daraus resultiere, dass zum Einen etwa 20 Mio. Euro mehr an Schlüsselzuweisungen erwartet würden und zum Anderen noch 35 Mio. Euro aus dem Gewinnvortrag zur Deckung der Defizite aus dem vergangenen Jahr zur Verfügung stünden. Hinsichtlich des Vermögensverzehr weist sie Herrn Senkel darauf hin, dass der Kreis Unna aus einer ganz anderen Situation gekommen sei als der, in der sich der Landschaftsverband Westfalen-Lippe derzeit befinde. Nicht vergessen dürfe man, dass der Landschaftsverband möglicherweise noch Nachzahlungen aus dem Verkauf der umgewandelten VEW/RWE-Aktien erhalten könnte.

Herr Goldmann schlägt vor, bei einem förmlichen Verfahren wie einer Einwendung auf einen symbolischen Akt einer Resolution bewusst zu verzichten. Der Kreis Unna sollte gegenüber dem Landschaftsverband deutlich machen, dass man neben den Einwendungen durchaus bereit sei, gfls. den Klageweg zu beschreiten.

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass den meisten Kreistagsabgeordneten die Resolution der Bürgermeister nicht bekannt sei, da sie lediglich an die Fraktionsvorsitzenden versandt worden sei. Deshalb habe er bereits aus formalen Gründen Bedenken gegen eine Resolution an dieser Stelle.

Herr Gabriel zieht daraufhin seinen Antrag auf Resolution zurück.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Der Kreis Unna erhebt gegen eine Erhöhung des Hebesatzes der Landschaftsumlage gem. § 22 Absatz 4 Landschaftsverbandsordnung in Verbindung mit § 55 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen formell Einwendungen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 8

175/08

Beteiligungsbericht 2008

Der Kreistag nimmt den Beteiligungsbericht 2008 zur Kenntnis.

Punkt 9

165/08

Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU)

- von der Tagesordnung abgesetzt -

Punkt 10

161-1/08

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die finanziellen Auswirkungen in der Ergänzungsvorlage natürlich nicht 230.000 Euro betragen, sondern sich auf 57.000 Euro reduzieren würden.

Herr Ganzke erinnert daran, dass das Thema seit der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie am 11. November diskutiert werde. Er dankt der Verwaltung dafür, dass durch den Beschlussvorschlag die zwei Mitarbeiter zumindest bis März 2009 weiter beschäftigt würden. Im Rahmen der Haushaltsberatungen sollte man jetzt intensiv beraten, wie es mit der Regionalagentur weiter ginge. Vielleicht sei bis dahin bekannt, wie das Land im Jahr 2009 mit den ESF-Mitteln umgehe. Außerdem könne man in der Zwischenzeit klären, ob die ARGE ähnliche Arbeiten leiste.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Die bisherige Umsetzung der regionalisierten Arbeitspolitik wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird zunächst bis zum 31.03.2009 fortgeführt.
3. Über die Weiterführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet - über den 31.03.2009 hinaus - wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2009 abschließend entschieden.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

162-1/08

Arbeitsmarktprogramm ARGE Kreis Unna 2009 – Sofortprogramm für benachteiligte Jugendliche

- Antrag der SPD-Fraktion -

Erörterung

Herr Wiggermann macht deutlich, dass es hier um eine Gruppe gehe, über die viel geredet werde, der aber wenig geholfen würde. Für ihn stelle sich die Frage, wieso die FDP im Kreisausschuss mit Nein gestimmt habe. Aus seiner Sicht sei dies nicht wirklich nachvollziehbar.

Frau Schaumann stellt fest, dass durchaus Einigkeit über die Bedeutsamkeit eines Hauptschulabschlusses bestehe. Auch handele es sich aus Sicht der FDP-Fraktion um eine ureigene Aufgabe der ARGE, sich um alle Arbeitslosen zu kümmern und diese nach besten Möglichkeiten zu fördern. Man habe keinen Zweifel daran, dass die ARGE hier hervorragende Arbeit leiste und sehr genau einschätzen könne, wer einen Hauptschulabschluss machen könne und wer nicht. Dies erledige die ARGE aber durchaus von sich aus, einen zusätzlichen Antrag benötige sie dazu nicht. Hinzu käme die Tatsache, dass die weiterhin im Antrag geforderte Förderung des Hauptschulabschlusses durch die Bundesagentur für Arbeit derzeit von der Bundesregierung vorbereitet werde. Insofern halte ihre Fraktion den Antrag inhaltlich durchaus für nachvollziehbar, er sei aus ihrer Sicht aber überflüssig.

Herr Wiggermann macht deutlich, dass die Bundesagentur für Arbeit dieses Problem nur dann angehen werde, wenn der Kreis das Ganze möglichst einstimmig einbringe. Dies habe sich bereits bei „Job sozial“ und anderen Projekten gezeigt.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Jasperneite, dass der Antrag nicht schade, sondern eine allgemeine Grundauffassung bestätige. Deshalb werde seine Fraktion dem SPD-Antrag hier zustimmen.

Auf Herrn Ganzkes Bitte, hier Einigkeit zu zeigen, erklärt Herr Senkel, dass man mit der Arbeit der

Kreisvertreter im Lenkungsausschuss und insbesondere dem Ausschussvorsitzenden sehr zufrieden sei. Da man inhaltlich hinter dem Anliegen stehe und eine einstimmige Entscheidung ermöglichen wolle, werde sich die FDP-Fraktion enthalten.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

Die Vertreter des Kreises Unna im ARGE-Lenkungsausschuss werden beauftragt, für ein „Sofortprogramm für benachteiligte Jugendliche“ im Lenkungsausschuss einzutreten:

- Die ARGE Kreis Unna wird aufgefordert, die Jugendlichen unter 25 Jahren zu identifizieren, die nicht über einen Schulabschluss verfügen.
- Für die Jugendlichen im SGB II-Bezug, die den Hauptschulabschluss ohne Weiteres voraussichtlich erreichen können, wird die BA als verantwortlicher Maßnahmeträger und Träger der ARGE gebeten, im Rahmen von berufsvorbereitenden Maßnahmen zeitnah ein ausreichendes Kontingent an Teilnehmerplätzen bereitzustellen. Hierüber soll im Lenkungsausschuss berichtet werden.
- Für schulmüde Jugendliche und Schulabbrecher wird die ARGE aufgefordert, im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms 2009 ein Maßnahmeangebot mit erforderlicher Platzzahl aus einer Kombination von Arbeiten und Lernen (Vermittlung schulischer Lerninhalte) mit Hinführung zum Hauptschulabschluss vorzuhalten.
- Für Jugendliche, die einen Schulabschluss voraussichtlich nicht erlangen können oder nicht ausreichend stabilisiert sind, wird die ARGE aufgefordert, in ihrem Arbeitsmarktprogramm 2009 alternative Projektansätze (z. B. Produktionsschulen) vorzusehen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (6 Enthaltungen: 5 FDP, 1 CDU)

Punkt 12

155/08

Errichtung eines neuen Bildungsganges am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna zum Schuljahr 2009/10

Erörterung

Frau Töpfer berichtet, dass nach dem Ergebnis der letzten Pisa-Studie die Förderung von Kindern in den Bereichen Naturwissenschaften und Technik möglichst frühzeitig erfolgen solle. Der hier zu beschließende Aufbaubildungslehrgang sei ein Zeichen für die qualitativ gute Arbeit an den Kreisschulen.

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Zum Schuljahr 2009/10 wird am Märkischen Berufskolleg des Kreises Unna in Unna der

Aufbaubildungsgang „Naturwissenschaftlich-technische Früherziehung“ nach Anlage E der APO-BK errichtet.

2. Der Landrat wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung einzuholen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 13

179/08

Bildung einer Einigungsstelle nach § 67 LPVG

Beschluss

Der Kreistag beschließt:

1. Im Einvernehmen mit dem Personalrat der Kreisverwaltung Unna werden Herr Wilhelm Kleimann, August-Wegmann-Str. 35, 44532 Lünen, zum Vorsitzenden und Herr Dieter Wiefelspütz, Wilhelmstr. 12, 44532 Lünen, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle berufen.
2. Die Anzahl der Beisitzerinnen und Beisitzer wird im Einvernehmen mit dem Personalrat auf 12 festgesetzt.
3. Der Kreistag benennt als oberste Dienstbehörde folgende Verwaltungsangehörige zu Beisitzern der Einigungsstelle:

Herrn Kreisdirektor Stratmann

Herrn Appel, FD 10

Herrn Gutzeit, FD 11

Herrn Adam, FD 10

Herrn Brüggenhorst, FD 11

Frau Fityka, FD 11

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 15

169/08

Neubau eines Radweges an der K11 in Selm-Cappenberg -Vergabe des Auftrages-;
Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses

Punkt 16

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen